

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 11.10.2018,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken
Arno Berning	Raesfeld
Michael Boland	Bocholt
Annette Brun	Heiden
Ernst Brüninghaus	Borken
Barbara Büscher	Stadtlohn
Heidi Buskase	Gronau
Angelika Dannenbaum	Ahaus
Annette Demes	Ahaus
Dietmar Eisele	Ahaus
Heinz-Josef Elpers	Ahaus
Jürgen Fellerhoff	Borken
Hans-Georg Fischer	Ahaus
Sven Gabbe	Gronau
Heinz Gausling	Legden
Ulrich Günhen	Isselburg
Otger Harks	Stadtlohn
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Michael Hösing	Bocholt
Markus Jasper	Heek
Ulrich Kipp	Vreden
Johannes Kisfeld	Stadtlohn
Wolfgang Klein	Ahaus
Anne König	Borken
Ludger Konrad	Stadtlohn
Markus Krafczyk	Bocholt
Berthold Langehaneberg	Legden
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Heinrich Lübbering	Vreden
Gerhard Ludwig	Borken
Helmut Möllenkotte	Schöppingen
Dominique Niemeyer	Borken
Ulrike Nitsch	Vreden
Bastian Nitsche	Borken

bis TOP 5

Heiko Nordholt	Gronau
Stephanie Pohl	Gescher
Dr. Heinrich Render	Ahaus
Uta Röhrmann	Bocholt
Maja Saatkamp	Borken
Theo Sanders	Bocholt
Markus Schulte	Gronau
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Silke Sommers	Bocholt
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Stephan Strestik	Gronau
Gerti Tanjsek	Bocholt
Ralph Thiemann	Bocholt
Marco van den Berg	Bocholt
Jörg von Borczyskowski	Gronau
Norbert Wanning	Rhede
Gertrud Welper	Vreden
Carsten Wendler	Velen
Birgit Wirtz	Gronau

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstands- mitglied
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Katharina Geuking	
Kerstin Ritzenhöfer	

Es fehlen entschuldigt:

Frank Engbers	Südlohn
Magdalene Garvert	Rhede
Sandra Krüger	Borken
Manfred Kuiper	Heek
Helmut Seifen	Gronau
Christel Wegmann	Rhede

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er weist auf die nachgereichten und ausliegenden Unterlagen hin.

Landrat Dr. Zwicker stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Er erläutert, es liege ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Stadtpartei und der Gruppe DIE LINKE/Piraten zum Verkauf der RWE-Aktien des Kreises Borken vor. Er schlägt vor, den Antrag als neuen Tagesordnungspunkt 3 auf die Tagesordnung des Kreistages zu nehmen. Gegen die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung erhebt sich kein Widerspruch. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich gegenüber der Einladung zur Sitzung jeweils in ihrer Nummerierung.

Weitere Änderungen oder Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 05.07.2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 05.07.2018 wird genehmigt.

Punkt 3: Verkauf der RWE-Aktien des Kreises Borken; gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion UWG/Stadtpartei und der Gruppe DIE LINKE/Piraten v. 08.10.2018 Vorlage: 0245/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner
Kreistagsabgeordneter Jörg von Borczyskowski
Kreistagsabgeordneter Stephan Strestik

Die Kreistagsabgeordneten von Borczyskowski und Steiner erläutern den gemeinsamen Antrag.

Kreistagsabgeordneter Steiner hält einen Verkauf des RWE-Aktienbestandes insbesondere aus politischen Gründen für sinnvoll. Er sehe zudem weder wirtschaftliche noch strategische Gründe, die einem Verkauf der Aktien entgegenstehen würden.

Kreistagsabgeordneter Jasper entgegnet, allein in den 2000er Jahren habe der Kreis mit den Aktien Dividenden in Höhe von ca. 9 Mio. Euro erwirtschaftet. Für 2019 sei eine Dividende in Höhe von 70 Cent/Aktie prognostiziert. Aufgrund der OVG NRW-Entscheidung im Eilverfahren sei der Wert der Aktie gesunken, inzwischen habe sich dieser aber wieder stabilisiert. Die meisten Analysten würden auch nach der OVG-Entscheidung zum Kauf der RWE-Aktien raten. Kreistagsabgeordneter Jasper weist weiter darauf hin, die RWE AG sei der drittgrößte Ökostromversorger Europas und investiere in künftige Energietechnik. Zudem besitze die RWE AG Möglichkeiten der Einflussnahme auf die E.ON GmbH. Er halte eine Veräußerung der Aktien folglich derzeit für falsch.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn stimmt Kreistagsabgeordnetem Jasper zu. Ihre Fraktion lehne einen unverzüglichen Verkauf unter Verweis auf den gefassten Beschluss im Jahr 2017 ebenfalls ab. Sie informiere aber auch darüber, dass das Abstimmungsverhalten für die Fraktionsmitglieder freigegeben worden sei.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski macht deutlich, ein Verkauf der RWE-Aktien sei aus Sicht des Kreises positiv zu bewerten. Da ursprünglich ein erheblich geringerer Betrag für die Aktien aufgebracht worden sei, würde die sofortige Veräußerung der Aktien zu einem Wert von ca. 5,6 Mio. Euro auf jeden Fall eine Haushaltsverbesserung darstellen. Es gebe keine strategischen Gründe, die für den Erhalt der Aktien sprechen würden und damit die finanziellen Gründe überwiegen würden. Der Kurswert der Aktien sei zweitrangig.

Kreistagsabgeordneter Steiner zweifelt die Aussage des Kreistagsabgeordneten Jasper zu den Empfehlungen der Analysten an. Diese seien seiner Ansicht nach vor der Entscheidung des OVG NRW ausgesprochen worden. Die Förderung erneuerbarer Energien durch die RWE AG sei kein überzeugendes Argument.

Kreistagsabgeordneter Krafczyk unterstützt den Beschlussvorschlag.

Kreistagsabgeordneter Klein sieht keine Notwendigkeit für einen schnellen Verkauf der Aktien. Die FDP-Gruppe werde den Beschlussvorschlag ablehnen.

Kreistagsabgeordneter Nordholt ist der Ansicht, eine unverzügliche Veräußerung der RWE-Aktien füge dem Kreis finanziellen Schaden zu.

Kreistagsabgeordneter Strestik erläutert, bei der Entscheidung des Kreistags bezüglich Verkauf oder Nichtverkauf der RWE-Aktien handele es sich um eine Grundsatzentscheidung. Die RWE AG zeichne derzeit ein negatives Bild. Insbesondere aus Gründen des Klimaschutzes sei ein Verkauf der Aktien zum jetzigen Zeitpunkt geboten.

Kreistagsabgeordneter Eisele merkt an, die RWE AG sei wenig zukunftsorientiert. Der Kreis werde einem Verkauf der Aktien früher oder später zustimmen. Er regt an, dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zu folgen.

Beschluss:

12 Ja-Stimmen
42 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Landrat wird ermächtigt, den Aktienbestand des Kreises Borken an der RWE AG unverzüglich zu veräußern.

Punkt 4: Feststellung des Jahresabschlusses des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2017, Entlastung des Landrates für den Jahresabschluss 2017 und Behandlung des Jahresfehlbetrages (Vorlage wurde nachgereicht am 28.09.2018)
Vorlage: 0177/2018/KREIS

Berichterstatter: Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses Norbert Wanning
Leiterin der Revision Doris Gausling
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Zwicker übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Landrätin Sommers. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses Wanning informiert, aus Sicht des Rechnungsprüfungsausschusses gebe es keine Bedenken hinsichtlich des Beschlussvorschlages.

Nach der Abstimmung übernimmt Landrat Dr. Zwicker wieder die Sitzungsleitung.

Beschluss: einstimmig

1. Der Jahresabschluss des Kreises Borken zum 31.12.2017 wird in der vom RPA in seiner Sitzung am 27.09.2018 testierten Fassung mit einer Bilanzsumme von 461.053.915,87 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 477.102,77 € festgestellt.
2. Dem Landrat wird für den Jahresabschluss 2017 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.
3. Der Jahresfehlbetrag für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 477.102,77 € wird der Ausgleichsrücklage entnommen (§ 96 Abs. 1 GO NRW).
4. Für das Haushaltsjahr 2017 wird eine Abrechnung der Jugendamtsumlage gem. § 56 Abs. 5 S. 2 KrO NRW vorgenommen. Gegenüber den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt besteht eine Verpflichtung aus der Erhebung der Jugendamtsumlage in Höhe von 1.531.438,74 €. Die Abrechnungsbescheide sind an die betroffenen Städte und Gemeinden umgehend nach Feststellung des Jahresabschlusses 2017 zu erlassen. Die Abrechnungsbeträge sind zum 01.01.2019 fällig.

Punkt 5: Vorlage des Entwurfs des Gesamtabchlusses 2017
Vorlage: 0182/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2017 wird im Anschluss an die Zuleitung an den Kreistag zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Punkt 6: Überörtliche Prüfung der GPA NRW 2015/2016 - Prüfgebiet Gesamtabchluss und Beteiligungen (Vorlage wurde nachgereicht am 28.09.2018)
Vorlage: 0197/2018/KREIS

Berichterstatter: Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses Norbert Wanning

Kreistagsabgeordneter Wanning unterrichtet den Kreistag in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses über die wesentlichen Inhalte des GPA-Prüfberichts und die Ergebnisse der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Der Kreistag nimmt die wesentlichen Inhalte des GPA-Prüfberichts Gesamtabchluss und Beteiligungen des Kreises Borken im Jahr 2015 und die Ergebnisse der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.

Punkt 7: Aktuelle Flüchtlingssituation
Vorlage: 0213/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Der Sachstand zur aktuellen Flüchtlingssituation wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Information über den Besuch der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen
Vorlage: 0191/2018/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Landrat Dr. Zwicker bietet an, interessierten Kreistagsmitgliedern einen Besuchstermin der JEN zu vermitteln, damit sich diese selbst einen Überblick über die komplexen Prozesse verschaffen können. Er wende sich mit dem Angebot auch an die anwesenden Pressevertreter.

Die Informationen über den Besuch der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 9: Beschluss des Maßnahmenkataloges (Arbeitsprogramm) und zur Gold-Auditierung im European-Energy-Award-Prozess
Vorlage: 0170/2018/KREIS

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Kreistagsabgeordnete Saatkamp dankt dem eea-Team für die Erarbeitung des umfangreichen Maßnahmenkatalogs. Jedoch sehe sie noch Verbesserungsmöglichkeiten für die Mobilität.

Beschluss: einstimmig

1. Der Maßnahmenkatalog wird in seiner aktuellen Fassung beschlossen, vorbehaltlich notwendiger Einzelbeschlüsse zu entsprechenden Maßnahmen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich zur Gold-Auditierung im Rahmen des European Energy Award-Prozesses (eea) im Sommer 2019 anzumelden. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Finanzierung.

Punkt 10: Umsetzung Klimaschutzkonzept - Beantragung Folgeförderung
Vorlage: 0198/2018/KREIS

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Kreistagsabgeordnete Saatkamp dankt der Verwaltung für die erfolgreiche Klimaschutzarbeit. Es sei wichtig, diese Arbeit fortzusetzen.

Beschluss: einstimmig

1. Der in der Vorlage beschriebenen Vorgehensweise wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Folgeantrag zur Projektförderung einschließlich der beschriebenen Verlängerungsoption für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu stellen. Der Beschluss ergeht vorbehaltlich der Haushaltsverabschiedung.

Punkt 11: Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Ausübung des Gemeingebrauchs am Dreiländersee in Gronau
Vorlage: 0204/2018/KREIS

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Ausübung des Gemeingebrauchs am Dreiländersee in Gronau wird in der vorgelegten Fassung erlassen.

Punkt 12: Sachstandsbericht zur Umsetzung des Verpackungsgesetzes
Vorlage: 0188/2018/KREIS

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Geschäftsführer der egw Peter Kleyboldt

Die Ausführungen zum Verpackungsgesetz werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 13: Entwurf der 1. Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken mit den aus dem Beteiligungsprozess entwickelten Handlungsempfehlungen
Vorlage: 0229/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig

1. Die erste Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung für den Kreis Borken 2017 wird als nicht verbindliche Planung beschlossen.
2. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2019 ff. wird in der Kreisverwaltung eine 0,5 Stelle zur Stärkung und Optimierung der vorhandenen Strukturen in der Pflegeberatung im Kreis Borken eingerichtet.
3. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen a) – e) beauftragt.

**Punkt 14: Erstattung überzahlter Betriebskostenförderung für Kindertageseinrichtungen;
Rahmen-Vergleichsvertrag zur Rückabwicklung des aufgehobenen Sanierungsgeldes für die Kirchliche Zusatzversorgungskasse
Vorlage: 0179/2018/KREIS**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, dem zwischen den kommunalen Spitzenverbände, der katholischen Kirche und dem Land NRW erarbeiteten Rahmen-Vergleichsvertrag beizutreten.

**Punkt 15: Fortschreibung des Nahverkehrsplanes - Einleitung des Beteiligungsverfahrens
Vorlage: 0233/2018/KREIS**

Berichterstatte(r)in: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

1. Der Entwurf des 3. Nahverkehrsplans für den Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das formale Beteiligungsverfahren gem. § 9 ÖPNVG NRW durchzuführen.

**Punkt 16: Bestellung von Mehrleistungen R 76 zum 07.01.2019
Vorlage: 0208/2018/KREIS**

Berichterstatte(r)in: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow erklärt, der mit der Vorlage vorgelegte Fahrplan der RVM für die Linie R 76 zum 07.01.2019 habe sich inzwischen leicht geändert. Die 1. Verbindung am Morgen werde aus betrieblichen Gründen nicht um 06:06 Uhr sondern um 06:01 Uhr starten.

Landrat Dr. Zwicker lässt mit dieser Ergänzung über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Dem vorgelegten Fahrplan der RVM für die Linie R 76 zum 07.01.2019 wird zugestimmt.

Punkt 17: Bestellung von Mehrleistungen S 70 und R 77 zum 07.01.2019
Vorlage: 0230/2018/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

1. Der Kreistag stimmt der Einführung der zusätzlichen Fahrten auf der Linie S 70/S 71 zwischen Vreden und Münster zu. Die Einführung steht unter dem Vorbehalt der Mitfinanzierung des Kreises Steinfurt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mehrleistung auf der Linie S 70/S 71 zum 07.01.2019 bei der RVM zu bestellen.
3. Der Kreistag stimmt der Einführung der zusätzlichen Fahrten auf der Linie R 77 zwischen Gronau und Ahaus zu.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mehrleistung auf der Linie R 77 zum 01.07.2019 bei der RVM zu bestellen.

Punkt 18: Vergabe der Linie RVN 61
Vorlage: 0231/2018/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

1. Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Kreistag stimmt der Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für die Linie RVN 61 durch den Kreis Kleve zu.

Der Beschluss wurde mit dem Zusatz gefasst, dass die Thematik dem Fachausschuss wieder vorgelegt werden soll.

Punkt 19: Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst im Kreis Borken - Anlage Konzept zur Notfallsanitäterausbildung
Vorlage: 0217/2018/KREIS

Berichterstatterin: Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow

Beschluss: einstimmig

1. Die Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst im Kreis Borken - Anlage 1 Konzept zur Notfallsanitäterausbildung Stand: Juli 2018 – wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die getroffenen Festlegungen umzusetzen.

Punkt 20: Anpassung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken
Vorlage: 0218/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Borken vom 12.10.2018.

Punkt 21: Verwendung des Jahresüberschusses 2017 der Sparkasse Westmünsterland
Vorlage: 0219/2018/KREIS

Berichterstatter: Landrat Dr. Kai Zwicker
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt der geplanten Verwendung der Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2017 der Sparkasse Westmünsterland entsprechend § 26 Abs. 3 Sparkassengesetz NRW und § 12 Abs. 1 Satz 2 Der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland zu.

Punkt 22: Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen
Vorlage: 0221/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Geschäftsführer der egw Peter Kleyboldt

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die im Entwurf beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen für den Kalkulationszeitraum 2019.

Punkt 23: Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020 - Maßnahmenübersicht
Vorlage: 0224/2018/KREIS

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

1. Der beigefügten aktualisierten Übersicht (Stand: 05.09.2018) über die Maßnahmen, die aus dem Kreditkontingent des Programms NRW.BANK.Gute Schule 2020 finanziert werden sollen, wird zugestimmt.
2. Soweit bei der weiteren Maßnahmenplanung und -durchführung Ausgabeverschiebungen zwischen den einzelnen zu fördernden Maßnahmen entstehen, wird dem ebenfalls zugestimmt. Neue Maßnahmen bedürfen hingegen der Zustimmung des Kreistages.
3. Über die weitere Maßnahmenplanung und -durchführung nach dem Programms NRW.BANK.Gute Schule 2020 wird die Verwaltung im Rahmen der Controllingberichte, des Jahresabschlusses und darüber hinaus bei Bedarf informieren.

Punkt 24: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Keine

Punkt 25: Mitteilungen der Verwaltung

Keine

Punkt 26: Anfragen

Punkt 26.1: Stroke Unit-Problematik

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Markus Krafczyk

Kreistagsabgeordneter Krafczyk erkundigt sich nach den Auswirkungen eines Urteils des Bundessozialgerichts aus dem Juni 2018 auf die Erstversorgung von Schlaganfallpatienten im Kreis Borken und nach ggf. denkbaren Gegensteuerungsmaßnahmen.

Landrat Dr. Zwicker dankt Kreistagsabgeordnetem Krafczyk für seine Anfrage. Damit aus dieser Entscheidung für das Westmünsterland (wie auch für andere ländliche Räume) keine Probleme erwachsen, sei der Kreis bereits initiativ tätig geworden, um mithilfe des Bundesgesundheitsministeriums eine rechtliche Klarstellung zu bewirken.

Kreisdirektor Dr. Hörster erläutert, eine örtliche Lösung gebe es hierfür nicht. Ausschlaggebend sei die Definition darüber, in welcher Zeit die Verlegung besonders schwer betroffener Patienten für erforderlichenfalls notwendig werdende medizinische Maßnahmen in ein hierfür qualifiziertes überregionales Zentrum erfolge. Nach der Entscheidung des Bundessozialgerichts werde die gesonderte Vergütung der Krankenhäuser mit spezialisierter Schlaganfallversorgung durch die Krankenkassen derzeit u. a. davon abhängig gemacht, dass sie diese Patienten innerhalb von 30 Minuten nach medizinischer Entscheidung in ein hierfür qualifiziertes überregionales Zentrum verlegen können.

Punkt 26.2: Austausch eines Teppichs im Klassenzimmer des BK Wirtschaft und Verwaltung, Nebenstelle Stadtlohn

Berichterstatter: Kreistagsabgeordneter Jörg von Borczyskowski

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski erklärt, er habe den Hinweis erhalten, dass in einem Klassenraum der Nebenstelle Stadtlohn des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung extreme Geruchsbelästigungen auftreten. Er bitte darum, sich der Problematik seitens des Kreises kurzfristig anzunehmen und ggf. Abhilfe zu schaffen.

Kreistagsabgeordneter Kipp informiert, in der „Schulleiterdienstbesprechung“ sei bereits ein Austausch des Teppichs in dem betroffenen Raum durch die Kreisverwaltung zugesichert worden.

Punkt 26.3: Erfolgsquote bei den Integrationskursen

Berichterstatterin: Kreistagsabgeordnete Elisabeth Lindenhahn

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn erkundigt sich nach der Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Kreis Borken, die die Abschlussprüfung in den Integrationskursen nicht bestehen.

Kreisdirektor Dr. Hörster sagt eine Aufbereitung der beim Kreis vorhandenen Erkenntnisse und Zahlen zur nächsten Sitzung der Interfraktionellen AG Integration zu.

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.

Landrat Dr. Kai Zwicker

gez.

Kerstin Ritzenhöfer